

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 19 | 13.05.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 103/2016](#)

Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) über die Einmeldung von Daten an die RTR-GmbH als Zentrale Informationsstelle für Infrastrukturdaten – **ZIS-EinmeldeV**

[BGBl II 104/2016](#)

Kundmachung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über die Aufhebung der Wortfolge "und die Kombination der Kennziffern 25 (zur Verwendung im Rahmen des Taxigewerbes bestimmt) und 29 (zur Verwendung für die entgeltliche Personenbeförderung im Rahmen des Ausflugswarens-, Stadtrundfahrten-, Mietwagen- oder Gästewagengewerbes bestimmt)" in § 12 Abs. 2 **Zulassungsstellenverordnung** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 106/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit über Kaseine und Kaseinate (**Kaseine-Verordnung**)

[BGBl III 87/2016 \(Anlage\)](#)

Luftverkehrsabkommen zwischen der **Österreichischen** Bundesregierung und der Regierung der Republik **Kuba**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 122 v 12.05.2016, 60](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2016/708 der Kommission vom 11. Mai 2016 über die Vereinbarkeit des „**Austrian Agricultural Certification Scheme**“ mit den in den Richtlinien 98/70/EG und 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegten Bedingungen

[ABl L 123 v 12.05.2016, 1](#)

Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über **bessere Rechtsetzung**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 16.03.2016, [Ra 2016/05/0012](#)

AbfallwirtschaftsG; § 2 Abs 3a AbfallwirtschaftsG regelt, unter welchen Voraussetzungen ein Stoff oder Gegenstand als **Nebenprodukt** und nicht als Abfall gilt; eine Beurteilung des vorliegenden Bodenaushubmaterials als Nebenprodukt (und nicht als Abfall) scheidet jedoch bereits daran, dass die Gewinnung dieses Materials beim Bau der ggst Talstation nicht als **Ergebnis eines Herstellungsverfahrens** iSd § 2 Abs 3a AbfallwirtschaftsG, nämlich eines kontinuierlichen Produktionsprozesses angesehen werden kann

VwGH 31.03.2016, [2013/07/0214](#)

AbfallwirtschaftsG; bescheidmäßige Feststellung der **Abfalleigenschaft von Ersatzbrennstoffen**; entscheidend für die **Beendigung der Abfalleigenschaft** ist die Tatsache, dass die Altstoffe bzw die aus ihnen gewonnenen Stoffe tatsächlich in dieser Beschaffenheit „verwendet“ werden; die Abfalleigenschaft endet nicht bereits mit dem Ende des Aufbereitungsprozesses, sondern erst mit der zulässigen Verwendung für den vorgesehenen Zweck

VwGH 31.03.2016, [Ra 2015/07/0071](#)

UVP-G; WasserrechtsG; verfahrensgegenständlich sind ein nach dem UVP-G bewilligungspflichtiges Kraftwerksprojekt und ein **konkurrierendes**, wasserrechtlich bewilligungspflichtiges **Kraftwerksprojekt**; den Bewilligungswerbern um das wasserrechtlich bewilligungspflichtige Projekt kommt das Recht zur Bekämpfung der UVP-Bewilligung zu, weil diese Bewilligung in ihre Rechte eingreife

VwGH 06.04.2016, [Ro 2015/03/0026](#)

ORF-G; Anbieten zweier **Apps für mobile Endgeräte** (zur Nationalratswahl 2013 und zum Ski-Weltcup) durch den **ORF**; die App zur Nationalratswahl 2013 war kein eigens für mobile Endgeräte gestaltetes Angebot und stand im Einklang mit dem Angebotskonzept des ORF für news.ORF.at, weshalb diese App zulässig war; Rechtswidrigkeit der App zum Ski-Weltcup, da das Angebotskonzept des ORF für sport.ORF.at eine vertiefende Sportberichterstattung nur im Zusammenhang mit „sportlichen Großereignissen“ als zulässig ansah und der Alpine Skiweltcup kein „sportliches Großereignis“ darstellt

VwGH 14.04.2016, [2013/06/0008](#)

Ktn BauO; Baubewilligung für den Neubau einer Produktionsstätte und eines Verkaufsshops für einen Pizzeriaerzeugungsbetrieb; div **Nachbareinwendungen**; keine Anfechtung des Flächenwidmungsplans aufgrund des bloßen Vorbringens des Bf, die Umwidmung des Grundstücks sei rechtswidrig erfolgt; kein Mitspracherecht eines Anrainers hinsichtlich der Besitzverhältnisse des Grundstücks; hinsichtlich der behaupteten Fehlerhaftigkeit des schalltechnischen Gutachtens wurde diesem nicht auf gleicher fachlicher Ebene entgegnet

VwGH 14.04.2016, [2013/06/0037](#)

Tir BauO; Auftrag zur Wiederherstellung des gesetzlichen Zustands aufgrund konsensloser **Änderung einer baulichen Anlage**; nach Ansicht der Behörde widerspricht der Balkon als untergeordneter Bauteil den örtlichen Bauvorschriften; **offene Balkone** sind von der Bestimmung betreffend untergeordnete Bauteile in den örtlichen Bauvorschriften jedoch nicht erfasst, weshalb der Behörde dbzgl nicht gefolgt werden kann

VwGH 14.04.2016, [2013/06/0205](#)

Stmk BauG; Baubewilligung für den Um- und Zubau bei einem bestehenden Objekt zwecks Errichtung eines Bordells; angesichts der **geplanten Betriebszeit des Bauvorhabens bis 5.00 Uhr** ist die behördliche Begründung dafür, weshalb **Immissionsberechnungen für die Zeit nach 0.00 Uhr** nicht erforderlich sein sollten, nicht nachvollziehbar; im Hinblick auf das Summenmaß ist es auch ohne nähere Begründung nicht nachvollziehbar, weshalb vermehrter Pkw-Verkehr in der Zeit vor 23.00 Uhr bzw vermehrter Zugverkehr in der Zeit nach 0.00 Uhr keine Relevanz haben sollte

VwGH 14.04.2016, [2015/06/0001](#)

Bgld StraßenG; Eisenbahn-EnteignungsentschädigungsG; UVP-G; Enteignung eines Grundstücks wegen der Errichtung einer Umfahrungsstraße; hinsichtlich der von den Bf relevierten UVP-Pflicht des Straßenbauprojekts hat sich die Behörde auf die Bindungswirkung des UVP-Feststellungsbescheids gestützt; damit hat die Behörde die Bf in deren **Recht auf Sachentscheidung über die Notwendigkeit der Durchführung einer UVP** verletzt, und zwar deshalb, weil es kein anderes gesetzlich vorgesehene Verfahren gibt, in dem die Bf die Frage der UVP-Pflicht iSd Art 10a der UVP-RL 1985 relevieren könnten

VwGH 14.04.2016, [Ro 2014/06/0013](#)

Sbg BaupolizeiG; Aufhebung eines Bescheids, mit dem der **Auftrag zur Wiederinstandsetzung** einer durch einen Brand zerstörten baulichen Anlage erteilt wurde, durch die Aufsichtsbehörde; die spekulativen Ausführungen der belangten Behörde, dass eine **Baubewilligung aufgrund des Alters des Gebäudes wohl nicht mehr vorliege** und unklar sei, ob eine solche überhaupt jemals erteilt worden sei, rechtfertigen nicht den Schluss, dass es entsprechender Feststellungen dazu bedurft hätte, weshalb im konkreten Fall nicht eine Baubewilligung herangezogen werde, sondern **aufliegende Bestandspläne**; die Aufhebung des Bescheids mit dieser Begründung erweist sich daher als rechtswidrig

VwGH 14.04.2016, [Ra 2015/06/0038](#)

Stmk BauG; Bewilligung zum Abbruch und zur Neuerrichtung eines Wintergartens; das LVwG hätte sich angesichts des Vorbringens des Rw, dass das Bauvorhaben teilweise auf einer Liegenschaft beabsichtigt ist, an der ihm Eigentum bzw Miteigentum zusteht, in der Sache mit der Frage auseinandersetzen müssen, wer Eigentümer bzw Miteigentümer des vom Bauvorhaben betroffenen Grundstücks, insb in Bezug auf die ggst Brandmauer ist

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 20.04.2016, [LVwG-550667](#)

UVP-G; VwGVG; Bewilligung zur **Rodung von Flächen** zum Zwecke der Errichtung von Masten für eine **starkstromwegerechtlich bewilligte 110kv-Freileitung**; im Hinblick darauf, dass die Frage, ob das ggst Vorhaben der **UVP-Pflicht** unterliegt, bereits bei der Oö LReg anhängig ist und von deren Entscheidung die **Vorfrage**, ob der LH von OÖ zur Erlassung des angefochtenen Bescheids überhaupt zuständig war, abhängt, war das Beschwerdeverfahren beim LVwG gem § 17 VwGVG iVm § 38 AVG bis zur Entscheidung der Oö LReg auszusetzen

LVwG Oö 29.04.2016, [LVwG-411418](#)

GlücksspielG; Unionsrechtswidrigkeit der in den §§ 3 ff GSpG normierten Monopolregelung; das **Glücksspielmonopol** des Bundes führt zu einer gravierenden Beeinträchtigung der Dienstleistungsfreiheit des Art 56 AEUV; der Spielerschutz bezieht sich allseits unbestritten bloß auf einen kaum wahrnehmbaren Bruchteil der Gesamtbevölkerung; die von der österreichischen Regelung vorgesehenen Beschränkungen verfolgen keine vom EuGH anerkannte Gründe des Allgemeininteresses

LVwG Oö 02.05.2016, [LVwG-550852](#)

Oö NaturschutzG; gem § 5 Abs 1 Oö NaturschutzG kommt der **Oö Umweltschutzbehörde** nur insoweit **Parteistellung** zu, als ihr diese jeweils nach den Materien Gesetzen zuerkannt wird; da es sich bei einem **Feststellungsverfahren** nach § 24 Abs 3 letzter Satz Oö NaturschutzG nicht um ein Bewilligungsverfahren handelt, kommt die dem Umweltschutzbehörde Parteistellung gewährende, jedoch explizit auf „Bewilligungen“ abstellende materiengesetzliche Bestimmung des § 39 Oö NaturschutzG nicht zum Tragen

LVwG Oö 10.05.2016, [LVwG-400155](#)

Bundesstraßen-MautG; für den zeitlichen Intervall innerhalb dem der **Aufforderung eines Mautaufsichtsansorgans zum Anhalten** des KFZ entsprochen werden muss, wird von einem kurzen, bloß wenige Sekunden dauernden **zeitlichen Naheverhältnis** zwischen Aufforderung einerseits und Stehenbleiben andererseits auszugehen sein; der Primärzweck der Anhaltung, nämlich die Vignettenkontrolle, soll ohne größeren Aufwand (wie zB Nachfahren etc) vollzogen werden können; als zulässige Reaktions- und Toleranzphase gilt das Anhalten nach „20 bis 30 Metern“; das konkrete Anhaltenmotiv ist dabei irrelevant

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Stmk 11.12.2015, [LVwG 48.11-1464/2015](#)

Stmk KrankenanstaltenG; beim Austausch von **Geräten für die MRT-Untersuchung** handelt es sich um **keine wesentliche Änderung der apparativen Ausstattung** und des Leistungsangebots der Krankenanstalt iSd § 12 Abs 2 Stmk KrankenanstaltenG; keine Notwendigkeit einer Bewilligung der LReg; keine Notwendigkeit einer Bedarfsprüfung iSd § 4 Abs 3 Stmk KrankenanstaltenG; keine Parteistellung der gesetzlichen Interessenvertretung

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[12.05.2016, Rs C-520/14, Gemeinde Borsele](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c und Art 9 Abs 1 – Steuerpflichtige – **Wirtschaftliche Betätigung** – Begriff – **Schülertransport**

[12.05.2016, verb Rs C-532/14 und C-533/14, Toorank Productions](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Tarifposition 2206 – Tarifposition 2208 – Durch Gärung und anschließende Reinigung gewonnene **alkoholische Getränke** – Zusatz von Stoffen zu durch Gärung und anschließende Reinigung gewonnenen alkoholischen Getränken – Getränke, die die **Eigenschaften** von in die Tarifposition 2206 fallenden Getränken **verloren** haben

B. SCHLUSSANTRÄGE

[10.05.2016, Rs C-182/15, Petruhhin \(GA Bot\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 18 Abs 1 und Art 21 Abs 1 AEUV – Ersuchen um **Auslieferung** einer Person, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt und sich im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats aufhält, nach **Russland** – Weigerung eines Mitgliedstaats, seine **eigenen Staatsangehörigen auszuliefern** – Ungleichbehandlung aus Gründen der Staatsangehörigkeit – Rechtfertigung – **Kampf gegen Straflosigkeit** – Prüfung der in Art 19 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vorgesehenen Garantien

[12.05.2016, Rs C-555/14, IOS Finance EFC \(GA Sharpston\)](#)

Richtlinien 2000/35/EG und 2011/7/EU – **Zahlungsverzug** im Geschäftsverkehr – **Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Stellen** – **Nachteilige Vertragsklauseln** und Praktiken

[12.05.2016, Rs C-593/14, Masco Denmark und Damixa \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – Niederlassungsfreiheit (Art 43 EG) – Nationale **Körperschaftsteuer** – Zinseinkünfte – Darlehen an Tochtergesellschaft – **Steuerbefreiung** bei Abzugsverbot für die Zinsausgaben einer **unterkapitalisierten Tochtergesellschaft** – Muttergesellschaften mit **gebietsfremden Tochtergesellschaften** – Zinsabzugsverbot eines anderen Mitgliedstaats

C. GERICHT

[10.05.2016, Rs T-47/15, Deutschland / Kommission](#)

Staatliche **Beihilfen** – **Erneuerbare Energien** – Beihilfen durch bestimmte Vorschriften des geänderten deutschen Gesetzes für den Vorrang erneuerbarer Energien (EEG 2012) – **Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien** und verringerte EEG-Umlage für **energieintensive Unternehmen** – Beschluss, mit dem die Beihilfen für **teilweise mit dem Binnenmarkt unvereinbar** erklärt werden – Begriff der staatlichen Beihilfe – Vorteil – Staatliche Mittel

[12.05.2016, Rs T-384/14, Italien / Kommission](#)

EAGFL – Abteilung **Garantie** – EGFL und ELER – Von der Finanzierung ausgeschlossene Ausgaben – Sektoren der **Rinder- und Schafzucht** – Pauschale **finanzielle Berichtigung** – Punktuelle Berichtigung – Art 48 und 69 der Verordnung (EG) Nr 1782/2003 – Besondere Zahlungsansprüche – **Begründungspflicht**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.